

Discussion Paper

October 2014

Solidarität statt Konkurrenz Ein Europa für alle!

Landesarbeitsgemeinschaft
Wirtschaft, Haushalt und Finanzen

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

**Landesarbeitsgemeinschaft
Wirtschaft, Haushalt und Finanzen**

DIE LINKE.Hamburg
Wendenstr. 6
20097 Hamburg

**Discussion Paper
October 2014**

Solidarität statt Konkurrenz: Ein Europa für alle!

G.B., R. B., J. G., H.V., U. L., R. V.

Präambel

Der Linken ist es bisher nicht gelungen, ihr Votum für ein anderes Europa in eine konsistente Idee und Politik für ein friedliches, soziales und demokratisches Europa umzusetzen. Die Krisenpolitik der EU will das herrschende System optimieren, die kapitalistischen Verhältnisse stabilisieren und stellt nahezu ausschließlich die Interessen der Wirtschaftseliten und Standortlogiken in den Vordergrund. Die Kritik an "Rettungsschirmen", Gipfelergebnissen und Sozialabbau reicht als Maßnahme nicht aus. Vielmehr geht es darum, ein gemeinsames europäisches Projekt zu formulieren, dass Antworten darauf gibt, wie wir in Europa zusammen leben und arbeiten wollen.

Wesentliche Elemente eines alternativen Europas sind die strikte Reregulierung der Finanzmärkte und Kontrolle über große Finanzmarktakteure, sowie die Abschaffung des freien Kapitalverkehrs und gemeinsam aufgelegte Eurobonds um die Spekulation einzudämmen. Die Absenkung des Lebensstandards - nicht nur der griechischen Bevölkerung - um über 30 % drängt die Frage nach konkreten Schuldenschnitten auf. Neben der Souveränität der nationalen Haushalte wird ein harmonisiertes Steuersystem benötigt, das hohe Gewinne abschöpft, um die öffentlichen Sektoren auszubauen und das gesellschaftliche Eigentum auszuweiten. Nur eine koordinierte Lohnpolitik kann in einem System kooperativer Stabilität mit der Stärkung der Binnenmärkte die Massenarbeitslosigkeit in Europa wirksam zurückdrängen.

Die Vision einer sozialistisch orientierten Politik ist zwingend immer auch mit der Schaffung wirtschaftsdemokratischer Strukturen und direkter Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen verbunden. Gefordert ist eine Konzeption für ein kooperatives, solidarisches Europa mit Vollbeschäftigung, hohen sozialen Standards und dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle.

Diese Broschüre soll einen analytischen Beitrag für die Diskussion über die zukünftige Ausrichtung Europas im Sinne der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung leisten.

Hamburg im Oktober 2014

DIE LINKE. Hamburg
Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft, Haushalt und Finanzen

Inhaltsverzeichnis

1. Europa – ein fortschrittliches oder hegemoniales Projekt?	1
2. Von der EWG zur EU: Europa - ein Marktprojekt	5
3. Die Währungsunion als Konstruktionsfehler	9
a. Ungleichheit von Einkommen und Vermögen	9
b. Ungleichheit im internationalen Handel	10
c. Unterregulierung bzw. Deregulierung der Finanzmärkte	11
4. Kritik der „traditionellen“ Krisenbewältigung	13
5. Erste Schritte einer Krisenüberwindung	15
6. Voraussetzungen für ein demokratisch-sozialistisches Europa	17

1. Europa – ein fortschrittliches oder hegemoniales Projekt?

Das Europa des 20. Jahrhunderts speist sich historisch aus 3 Religionen (*Judentum, Christentum, Islam*) und bildet einen Gegenpart zu den USA und (gewissermaßen) der (ehem.) Sowjetunion. Ehemalige Teilrepubliken der bisherigen Sowjetunion und Mitgliedsstaaten des RGW sind inzwischen Europa näher denn je und manche bereits Mitglied der EU. Europa kann als Identität nur da entstehen, wo es eine bewusste Abgrenzung zu den „Anderen“ durch gegenseitige Fremd- u. Selbstwahrnehmung und deren Steuerung gibt. In der medialen Inszenierung wird das Klischee von Europa als vermeintlicher Wiege und Burg der Hochkultur und der Zivilisation vermittelt, das es gegenüber äußeren „Bedrohungen“ abzugrenzen und zu verteidigen gilt – mitunter auch am Hindukusch. Während sich die europäischen Großmächte Ende des 19. Jahrhunderts über den Nationalstaat definierten und die imperialistische Konkurrenz in der Katastrophe des Ersten Weltkrieges mündete, wurde zur gleichen Zeit von linker Seite eine fortschrittliche Idee von Europa formuliert.

Überwiegend wurden mit diesen Ideen friedensstiftende und Gerechtigkeit schaffende Wirkungen verbunden, die aus dem Gedanken eines „*Europäischen Gleichgewichts* (Gentz)“, „*Vereinigung der Völker*“ (Napoleon) und Schaffung eines „*Europäischen Parlamentes*“ (Saint-Simon) erwartet wurden. Auf dem 2. Internationalen Friedenskongress in Paris hielt der französische Schriftsteller Victor Hugo am 21.8.1849 eine bis heute beachtete Rede, die sowohl die geistig-kulturellen als auch die ökonomischen Facetten der Europäischen Einigung beinhalteten:

„Ein Tag wird kommen, wo die Waffen Euch aus den Händen fallen werden! Ein Tag wird kommen, wo ein Krieg zwischen Paris und London, zwischen Petersburg und Berlin, zwischen Wien und Turin ebenso absurd schiene wie zwischen Rouen und Amiens, zwischen Boston und Philadelphia. Ein Tag wird kommen, wo Ihr, Frankreich, Rußland, Italien, England, Deutschland, all ihr Nationen des Kontinents ohne die besonderen Eigenheiten Eurer ruhmreichen Individualität einzubüßen, Euch eng zu einer höheren Gemeinschaft zusammenschließen und die große europäische Bruderschaft begründen werdet. Ein Tag wird kommen, wo es keine anderen Schlachtfelder mehr geben wird als die Märkte, die sich dem Handel öffnen und der Geist, der sich den Ideen öffnet.

Ein Tag wird kommen, wo die Kugeln und Bomben durch Stimmzettel ersetzt werden, durch das allgemeine Wahlrecht der Völker, durch die Entscheidungen eines großen souveränen Senates, der für Europa das sein wird, was das Parlament für England und die Nationalversammlung für Frankreich ist. Ein Tag wird kommen, wo man die Kanonen in Museen ausstellen wird und sich darüber

wundern wird, was dies wohl sein könnte. Ein Tag wird kommen, wo zwei immense Gruppen, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Vereinigten Staaten von Europa, die einen gegenüber den anderen, sich die Hand über das Meer reichen, ihre Produkte, ihren Handel, ihre Industrie, ihre Kunst und ihre Ideen austauschen. An diesem Tag wird man sehen, wie die Menschen die Erde urbar machen, die Wüsten besiedeln, die Schöpfung unter den Augen des Schöpfers weiterentwickeln und wie sie zum Wohle aller diese beiden unendlichen Kräfte miteinander verbinden: die Brüderlichkeit der Menschen und die Wirkkraft Gottes. Und dieser Tag, zu dem wird es keine 400 Jahre brauchen, denn wir leben in einer schnelllebigen Zeit.“

Karl Marx benennt die historisch-konkreten Voraussetzungen der Europäischen Einigung:

„Der Sturz der Bourgeoisie..., der Triumph der ..Arbeiterklasse, die Emanzipation der Arbeiterklasse überhaupt, ist also das Losungswort der europäischen Befreiung“.

Zu erinnern ist ferner an die österreichische Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner, die bereits 1882 auf einem Friedenskongress in Bern einen Antrag mit dem Titel *„Europäischer Staatenbund“* stellte. Darin hieß es, dass ein Europäischer Staatenbund *„...auch im Interesse der Handelsbeziehungen ...wünschenswert wäre“*, und *„dauernde Rechtsverhältnisse in Europa schaffen“*.

Nach dem Ersten Weltkrieg, auch vor dem Hintergrund hoffnungsvoller Erwartungen an den Völkerbund (Vorgänger der UNO) entwickelte sich mit der Idee einer Pan-Europäischen Union die Forderung nach einer umfassenden Zusammenarbeit, allein schon, um den Weltmächten wie den USA, dem British Empire und der Sowjetunion gleichberechtigt entgegen treten zu können. Der Österreicher Graf Coudenhove-Kalergie rief die „Pan-Europa-Bewegung“ ins Leben und formulierte 1923 einen Stufenplan zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Hinter dem Konzept stand zwar das Motiv der Völkerfreundschaft mit dem Hauptzweck der Sicherung des Friedens. Die progressiven Elemente, wie der Stufenplan zur Schaffung einer Wirtschaftsunion und Integration der europäischen Demokratien, konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Konzept der Versuch war, die schwindende Geltung Europas in der Welt wiederherzustellen.

Für Rosa Luxemburg ist die Forderung nach einem geeinten Europa durchaus plausibel, aber hinsichtlich der Erwartung einer Friedensära und der Rückbildung des Militarismus vor allem *„utopistisch“*. Die Idee des europäischen Zusammenschlusses sei sowohl wirtschaftlich als auch politisch längst überholt, *„Sie ist im Grunde genommen nur ein demokratisch aufgeputzter*

Abklatsch der Idee vom Konzert der europäischen Mächte, das als der bewegendende Mittelpunkt, als die Zentralsonne des politischen Weltalls die Geschicke entschied. (...) Heute ist Europa nur ein Glied in der wirren Kette internationaler Zusammenhänge und Gegensätze. Und was das Entscheidende ist: Die europäischen Gegensätze selbst spielen jetzt gar nicht mehr auf dem europäischen Kontinent, sondern in sämtlichen Weltteilen und Ozeanen.“

Der Einfall der „Vereinigten Staaten Europas“ wurde seit jeher von bürgerlicher Seite mit „reaktionärer Tendenz“ aufgeworfen. „Und jedes Mal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die „gelbe Gefahr“, gegen den „schwarzen Weltteil“, gegen die „minderwertigen Rassen“, kurz, es war stets eine imperialistische Mißgeburt.“(Luxemburg, 1911).

Trotsky drückt mit den Vereinigten Staaten Europas eine revolutionäre Parole im Kampf des europäischen Proletariats um die Macht aus und benennt auch ein bisheriges Zentrum friedensverhindernder Politik: „In diesem Programm ist die Tatsache ausgedrückt, dass der Nationalstaat überholt ist...“ (Trotsky, Friedensprogramm 1916). Der konservativen Verteidigung des nationalen Vaterlandes wird die Schaffung eines neuen Vaterlandes der Revolution gegenübergestellt; und dies ist ein republikanisches Europa.

Anders dagegen Lenin, der gegenüber den Vorstellungen der „Vereinigten Staaten von Europa“ die soziale Realität des herrschenden Kapitalismus hervorhob, sodass die ökonomische Einheit Europas eher zur Vertiefung von Ausbeutung führen würde. Die Vorstellung, Europa könne unter kapitalistischen Vorzeichen zu Einheit, Frieden und Wohlstand finden, hielt er für eine Illusion. Da „die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung [...] ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus“ (Lenin, 1915) ist, bedarf es laut Lenin vielmehr einer Verbindung eines geeinten Europas mit dem Sozialismus. Für ihn folgt hieraus „dass der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt entgegenstellen [...]“(Lenin, 1915).

Gleiches gilt später für Spinelli, Rossi, Siemsen, Abendroth, Huffschmid und Habermas, die als Politiker oder Intellektuelle die Diskussion um das Leitbild eines friedlichen, sozialen und demokratischen Europa beeinflusst haben. Sie sind hier exemplarisch genannt für mehrere Generationen von Linken – Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten – die aufgrund von Ausbeutung,

Faschismus und Krieg ein anderes Gesellschaftsmodell für Europa gedacht und dafür gekämpft haben.

Weitere Entwicklungen, auch die Versuche des Franzosen Aristide Briand (1862-1932) und des deutschen Außenministers Gustav Stresemann (1878-1929) im Jahre 1929 unter Einbeziehung des Völkerbundes, die Europäischen Regierungen regelmäßig zu Konsultationen und Konferenzen solidarisch zu verpflichten, scheiterten letztlich vor dem Hintergrund wachsender Bedrohungen wie der Weltwirtschaftskrise ab 1929 und dem Erstarken des Faschismus mit Diktatur, Rassismus und Völkermord. Während des Zweiten Weltkrieges entwickelten sich in verschiedenen Widerstandsbewegungen wieder Pläne einer Europäischen Einigung, nunmehr verständlicherweise auch auf Menschenrechtsfragen und politischer Moral begründet. So wird 1941 von Antifaschisten in Italien ein „*Manifest für ein freies und geeintes Europa*“ verfasst und mit der Hoffnung verbunden, dass eine sozialistische Europäische Föderation einen wichtigen Beitrag zur Befriedung der Welt beitragen könnte. Im Mai und Juni 1944 wird in Genf von verschiedenen Widerstandsgruppen ein „*Manifest des Europäischen Widerstandes*“ entworfen, welches die Gründung einer Föderation zwischen den europäischen Völkern fordert. Darin wird die absolute Souveränität von Einzelstaaten sowie jegliche nationale Armee abgelehnt und eine Europäische Regierung und Gerichtsbarkeit gefordert. Die Achtung der Menschenrechte, Demokratie als universeller Wert und soziale Gerechtigkeit werden in einer „*Genfer Erklärung*“ (1944) gefordert.

Doch mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Einbindung der westdeutschen Politik in die kapitalistische Einflussphäre durch die USA verlieren sich die Spuren einer fortschrittlichen Ideengeschichte der Europäischen Einigung. Mit dem Marshallplan helfen die USA dem durch Faschismus und Kollaboration diskreditierten europäischen Kapitalismus wieder auf die Beine und bauen Westeuropa zum militärischen Vorposten der Nato im Kalten Krieg aus. Die eigentliche Europäische Einigung beginnt dann nach ersten Vorstufen wie der Montanunion ab 1957 mit einer zuvorderst ökonomischen „Einigung“. Seit dem Ende der Sowjetunion im Dezember 1991 hat sich die Europäische Einigung rasant zu einem vorrangig marktschaffenden Instrument zugunsten besserer Kapitalverwertung gewandelt.

2. Von der EWG zur EU: Europa - ein Marktprojekt

Die Europäische Union ist zunächst 1957 mit 6 Gründungsstaaten als Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet worden. Zuvor war mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl („*Montanunion*“) als Vorläufer ein erster europäischer Wirtschaftsverbund gegründet worden, der allen Mitglieder untereinander den zollfreien Zugang zu Kohle und Stahl sichern sollte und in dieser ersten „Vergemeinschaftung“ sowie Schaffung einer supranationalen Behörde auch ein Beitrag zur „*Sicherung des innereuropäischen Friedens*“ (franz. Außenminister Schumann) gesehen wurde. Die Europäische Atomgemeinschaft EURATOM von 1957 koordiniert Forschung und gegenseitige Informationen zu den Bereichen Fusionsforschung, Kernspaltung, Strahlenschutz, Überwachung und Versorgungssicherheit u.a.

Die Gründung der EWG 1957 basierte auf folgenden Grundpfeilern:

- Als Zollunion mit Zollmauern nach außen sollte mit der EWG in der Nachkriegszeit verhindert werden, dass amerikanische Konzerne auch die europäischen Märkte erobern und damit die deutschen, französischen, italienischen, etc. Unternehmen auskonkurrieren.
- Die sich anschließende Abschaffung aller Binnenzölle sollte in Westeuropa zusammenhängende Märkte schaffen, da die großen Unternehmen in den nationalen Märkten zunehmend Gewinn- und Absatzbeschränkungen unterlagen.
- Angesichts der Verschärfung des sog. Ost-West-Konfliktes galt es, durch die gemeinsame Wirtschaftsunion ökonomisch und politisch die Hegemonie des Kapitalismus in Westeuropa zu sichern.

Dass von der Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftsunion auch friedensbewahrende Absichten ausgingen, darf nicht übersehen werden. Doch schon zu Beginn war die Idee der „europäischen Einigung“ in erster Linie an wirtschaftliche Interessen der Ausweitung von Absatzgebieten und Schaffung neuer Märkte gebunden. Es galt, für die Europäischen Konzerne die Verwertungsbeschränkungen durch kleine nationale Märkte zu überwinden und sie für globale Konkurrenz herzurichten. Dieser Entwicklung zu internationaler Konkurrenzfähigkeit folgte – neben der bis heute erfolgten Expansion auf nunmehr 26 Länder in Europa – mit der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes 1993 und 30 Mitgliedsstaaten (inkl. ehem. EFTA-Länder) der größte gemeinsame Markt der Welt. Hier sind die sog. „*Vier Grundfreiheiten*“ festgelegt, die im heute gültigen Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgehalten sind: Freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und freier Kapital – und Zahlungsverkehr. Dies verlangt von

den Organen der Europäischen Union, für die Arbeitenden und Unternehmen, für Dienstleistungen und für das Kapital einen uneingeschränkt einheitlichen Markt zu schaffen - den totalen Markt. Wir erkennen hier die „Herrichtung“ der Europäischen Idee zu einem neoliberalen Marktprojekt:

- In einem einheitlichen Binnenmarkt setzen sich einheitliche Marktergebnisse durch. Davon profitieren jene großen kapitalintensiven Unternehmen, die zu den geringsten Kosten produzieren.
- Sozialpolitisch begründete höhere Lohnstandards und/oder umfassendere Abgabesysteme führen so zu Wettbewerbsnachteilen und müssen aufgegeben werden. Die unterschiedlichen Lohnniveaus in Europa schwächen die Durchsetzungsmöglichkeiten expansiver Lohnforderungen.
- Die Durchsetzung des großen Binnenmarktes wird nicht zufällig begleitet mit dem Rückzug der nationalen Politik, die einerseits durch Steuersenkungen die eigenen Einnahmen ruiniert, andererseits über die Schuldenbremse die „Zukunftsgestaltung“ den Interessen der Kapitalverwertung unterordnet.
- Beide Entwicklungen liefern die arbeitenden Menschen zunehmend der Willkür der Konzerne und den anonymen Marktkräften aus, ohne dass von Ihnen gewählte Regierungen sich noch aktiv einschalten können oder wollen.

Auch der von Europäischen Kommission in Auftrag gegebene sog. Ceccini-Report von 1988 ist neoliberal einzuordnen. Er begründete die Vorteile des einheitlichen Binnenmarktes wie folgt: Der Abbau von Einfuhrkontrollen, technischen Handelshemmnissen und Steuerschranken an den bisherigen Grenzen führt zu Kostensenkungen im internationalen Güterverkehr. Die Kostensenkungen wiederum sollen bei wachsender internationaler Konkurrenz von den Unternehmen zu Preissenkungen führen. Sinkende Preise würden real die Arbeitseinkommen erhöhen, sodass die Massennachfrage sowie die Exportnachfrage des Auslandes steigen und damit auch die Beschäftigung in Europa expandieren könnte. Dies sollte zu höheren Steuereinnahmen führen und daher trotz Schuldenbremse höhere Staatsausgaben ermöglichen.

Das neoliberale Versprechen lautet also: der Wunsch nach höheren Reallöhnen und höherer Beschäftigung wird möglich sein, aber nur in einem Europa, welches auf Konkurrenz und Wettbewerb setzt und keine Beschränkungen durch nationale Marktschranken noch staatliche Eingriffe zulässt. So setzen sich die effizientesten und kostengünstigsten Marktergebnisse durch und schaffen ökonomischen Wohlstand für alle Beteiligten. Demokratisch

bestimmte Markteingriffe aufgrund sozialpolitischer Überlegungen werden als willkürliche Störungen eines prinzipiell funktionierenden Marktsystems abgelehnt. In dieser Sicht mündet der Gedanke der Europäischen Einigung in ein „*Europa der Konzerne*“, deren uneingeschränkte Herrschaft geradezu Voraussetzung ist für Stabilität von Lohn-, Arbeits- und Zukunftsperspektiven.

Dann wäre es folgerichtig, für diese einheitliche europäische Wettbewerbswirtschaft eine einheitliche Währung einzurichten. Kostenvorteile, (Stück)Lohnsenkungen und kostensenkender Steuer- und Sozialabbau können sich im Konkurrenzkampf durchsetzen und nicht über Wechselkursänderungen „abgewehrt“ werden. So erklärt sich auch europaweiter Sozialabbau und eine Verschiebung der Einkommensverteilung zu Gunsten der Profiteinkommen. Von den Vorteilen des größeren Wirtschaftsraumes und dem Wegfall der Wechselkursrisiken und Devisenspekulationen profitieren insbesondere die großen Konzerne und die besonders auf den Export ausgerichtete deutsche Volkswirtschaft.

Die 1988 noch von der „*Delors-Kommission*“ angenommene Gleichzeitigkeit von Wirtschafts- und Währungsunion wurde mit der Gründung der politischen Union im Maastrichter Vertrag von 1992 aufgegeben: Die einzelnen Mitgliedsstaaten behalten die letzte Kompetenz für ihre Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Hingegen sah der Stufenplan zu Währungsunion nur noch monetäre Kriterien (sog. „*Maastrichter Kriterien*“ zu Haushaltsdefiziten, Inflationsrate, Zinsen, Wechselkurse) vor und keine realwirtschaftliche Vereinheitlichung von Entwicklungsstand, Wachstum, Beschäftigung, Außenwirtschaft etc. In der Folge geriet die realwirtschaftliche Integration („*die Wirtschaftsunion*“) in den Hintergrund und somit auch das Problem der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Die Entscheidung für den Vorrang der Währungsunion erklärt sich aus der in den 80er Jahren erfolgten Hinwendung aller Teilnehmerstaaten zur Angebotspolitik. In dieser neoliberalen Renaissance werden Marktergebnisse a priori als bestmögliche Ergebnisse gewertet und dem „*Markt*“ die Aufgabe übertragen, möglichst einheitliche Entwicklungsniveaus in den Ländern der EU zu besorgen. Staatliche Eingriffe werden demnach als störend empfunden.

Aber: Die mit der Europäischen Union verbundenen Integrationseffekte hatten keine Beschäftigungssteigerungen zur Folge. Weder war es gelungen, ein erhöhtes Erwerbspersonenpotential in Westeuropa in regelmäßige Arbeitsverhältnisse einzugliedern, noch die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit zu vermindern. Dazu kamen wachsende Probleme der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Erst der nachfolgende Amsterdamer Vertrag von 1997 führt ein Beschäftigungskapitel ein und sieht die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit

keit als eine wichtige Aufgabe. Diese Bemühungen blieben bisher aus folgenden Gründen erfolglos:

- 1) Eine einheitliche und entschiedene Strategie gegen die Massenarbeitslosigkeit scheiterte auch aufgrund unterschiedlicher Ansatzpunkte der deutschen (neoliberalen) und der französischen (keynesianisch geprägten) Wirtschaftspolitik (zu den Begriffen siehe unser Arbeitspapier zu „Beschäftigungspolitik statt Arbeitsmarktpolitik“).
- 2) Die Hegemonie der deutschen Bundesregierungen unter Schröder und Merkel setzten mit der Agenda 2010, der Schaffung von Niedriglohnssektoren, prekärer Beschäftigung eine Politik der Ausgabenkürzungen in Westeuropa durch. Aktive fiskalpolitische Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird durch die politische Entscheidung zu „Haushaltsdisziplin“, staatlicher Sparpolitik, Schuldenbremse bzw. Fiskalpakt für die Länder der EU verhindert. Die Bundesregierung hat in Europa immer verhindert, dass gemeinsame EU-Mittel in einer gemeinsamen Strategie gegen Arbeitslosigkeit aufgenommen und verwendet werden.
- 3) Das Setzen auf Wettbewerbsfähigkeit schränkt in der BRD als größte Volkswirtschaft in der EU die Binnennachfrage ein (damit auch die Nachfrage nach importierten Gütern aus anderen Ländern) und produziert mit ihren Exporterfolgen in anderen Ländern Arbeitslosigkeit und Rezession.
- 4) Neoliberale Politik begünstigt in allen beteiligten Ländern die Kapitaleinkommen und führt zum Absinken der Lohnquote. Die stagnierenden Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung lassen die Endnachfrage in der EU unzureichend wachsen mit der Folge anhaltender Massenarbeitslosigkeit (im Frühjahr 2014 waren in den Ländern der EU 25 Millionen Menschen offiziell arbeitslos).

Im Jahr 1999 begann die Währungsunion, die auf realwirtschaftlichen Entwicklungsunterschieden der Länder der EU aufbaut. Statt aktiver fiskalpolitischer Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sieht sie für die Haushalte eine „Sparpolitik“ vor – also den Rückzug aus wirtschaftspolitischer Gestaltung sowie die Einführung einer einheitlichen Währung, die Wechselkursrisiken für Teile des deutschen Exportes (von Waren und Kapital) eliminiert.

3. Die Währungsunion als Konstruktionsfehler

Die „Euro-Krise“ ist nicht auf eine einfache Ursache zurückzuführen und zu erklären. Wir sehen die Gründe der „Euro-Krise“ vielmehr im Zusammenwirken verschiedene Ursachenkomplexe, die mit den „drei U's“ von Keynes beschrieben werden können:

- Ungleichheit von Einkommen und Vermögen
- Ungleichgewichte im internationalen Handel
- Unterregulierung der Finanzmärkte

Aus diesen Ursachen gingen drei Krisenherde hervor: die Realwirtschaft, die öffentlichen Finanzen und die Banken. Sie griffen ineinander und trafen auf eine unzureichende institutionelle Ausgestaltung der EWWU (*Europäische Währungs- u. Wirtschaftsunion*) hinsichtlich Schocks.

Der gravierendste Mangel der EWWU war struktureller Natur und bestand in erster Linie im Widerspruch zwischen nationaler Fiskalpolitik und europäischer Geldpolitik. Es gelang nicht, die wirtschaftlichen Unterschiede im Euroraum über eine angemessene Kombination von einheitlicher Geldpolitik und koordinierter Fiskalpolitik auszugleichen. Die seit den ersten Krisenanzeichen verfolgte, harte Austeritätspolitik (Sparpolitik) verstärkte zudem die krisenhaften Entwicklungen im Euroraum nachhaltig. Die in Folge eingetretene Verschuldungskrise einiger Staaten ist nicht auf fiskalische Disziplinlosigkeit, sondern auf Konstruktionsfehler der EWWU, die das Entstehen von Verschuldungsspiralen erst ermöglichte, zurückzuführen. Am gravierendsten litt die Volkswirtschaft Griechenlands unter der Strategie der Ausgabenkürzungen: sie rutschte in eine tiefe Rezession mit einer nicht mehr nachhaltigen Schuldenstandsquote. Es folgte ein enormer Vertrauensverlust an den globalen Finanzmärkten, so dass sich aus einer gegenseitig verstärkenden Banken-, Staatsfinanzen- und Leistungsbilanzkrise eine Liquiditätskrise mit den bekannten Folgen entwickelte.

Es lassen sich drei maßgebliche Ursachenkomplexe ausmachen:

a. Ungleichheit von Einkommen und Vermögen

Es ist eine drastische Zunahme der ökonomischen Ungleichheit, d.h. eine Verschiebung der Einkommens- und Vermögensverteilung zu Ungunsten der mittleren und niedrigen Einkommen in den großen Industrieländern festzustellen. Lohndruck, Lohnstagnation und Sozialabbau schwächen die lohnabhängige Nachfrage und führen zu massiven Steigerungen der Kapitaleinkünfte.

In Deutschland stagnierten die Reallöhne von 2000 bis 2010 und blieben hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück. Demnach ist die Produktivität zwar gestiegen, aber kein Arbeitnehmer wurde über den Lohn an diesem Fortschritt beteiligt, folglich sank die Lohnquote stark. Da sich die funktionelle Einkommens- und Vermögensverteilung aus der Lohn- und Gewinnquote zusammensetzt, bedeutet ein Rückgang der Lohnquote gleichsam einen Anstieg der Gewinnquote. In der Konsequenz haben sich die Kapitalbesitzer den Großteil des zusätzlich erwirtschafteten Reichtums angeeignet.

Der Euro-Wirtschaftsraum droht in eine Krise zu geraten, wenn die lohnabhängige Binnennachfrage im größten und ökonomisch stärksten Mitgliedsland über ein ganzes Jahrzehnt hinweg stagniert oder gar zurückgeht.

b. Ungleichheit im internationalen Handel

Im Ergebnis bleiben trotz inzwischen eingeführter Mindeststandards die Qualität und Erfolge der Anbieter weitestgehend intransparent. Hätten auch die anderen europäischen Mitgliedsländer zeitgleich dieselbe Politik verfolgt, wäre es zu einer europaweiten Stagnation der Nachfrage und damit auch zu einem Stillstand des deutschen Exports gekommen.

Die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft waren daher in diesem Umfang nur möglich, weil sich die anderen Länder gerade nicht so verhalten haben, wie es die deutsche Lohndisziplinierung mit ihrer Beschränkung der Binnennachfrage und Schaffung prekärer Arbeitsplätze im Inland anstrebt. Während also in Deutschland die Löhne eher stagnierten, folglich aber auch die für die Wettbewerbsfähigkeit wichtigen Lohnstückkosten niedrig blieben, stieg in anderen Ländern die Nachfrage, auch nach Importen, und folglich auch die Lohnstückkosten, weil hier die Löhne stiegen. Vom Wirtschaftsaufschwung in den GIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) profitierten auch die Arbeitseinkommen. Deren Nachfrageexpansion war die Voraussetzung für den Erfolg deutscher Exporte. So fließen Einkommen und Kaufkraft aus den „Problemländern“ nach Deutschland als „Gegenbuchung“ für den Export der deutschen Waren. Es ist also der Einkommens- und Kaufkraftverlust dieser Länder, es sind die durch „unsere“ Exporte dort vernichteten Arbeitsplätze, die die Wirtschaftskrise dieser Länder einleiteten.

Finanziert wurden die Importe dieser Länder aus Kredit- und Kapitalzuflüssen aus Deutschland. Wenn zwecks Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland Reallohnstagnation (von 2000 bis 2010) oder allenfalls nur moderate Lohnsteigerungen erfolgen, führt das zu schwacher Binnennachfrage. Auch schränkt der Staat seine Ausgaben ein, weil Haushaltskonsolidierung das Ziel ist. Dies macht private Investitionen in den Ausbau der

Produktionskapazitäten eher unrentabel. Folglich bietet es sich für Gewinne und hohe Vermögenseinkommen an, sie in spekulative Kredit- und Finanzanlagen im Ausland zu „investieren“. So sank die Nettoinvestitionsquote – das Verhältnis von Gewinnen zu Investitionen – zwischen 2001 und 2009 von ca. 10 auf knapp 0 Prozentpunkte.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, dass Deutschland seine hohe Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnkostendruck erreicht, der die Binnennachfrage beschränkt. So wie diese geringe Binnennachfrage auch die Nachfrage nach ausländischen Importen (=Exporte des Auslandes) beschränkt, konkurrieren erfolgreiche deutsche Exporte ausländische Wirtschaftszweige aus. Finanziert wird die ausländische Nachfrage nach deutschen Exporten durch umfassende Kapital- und Kreditströme aus Deutschland, die wegen der unzureichenden Binnennachfrage hier nicht rentabel verzinst werden.

c. Unterregulierung bzw. Deregulierung der Finanzmärkte

Die EZB (Europäische Zentralbank) betreibt keine differenzierte Geldpolitik. Die Länder der Währungsunion sind einer einheitlichen Zinspolitik unterworfen, haben aber unterschiedliche Inflationsraten. Dadurch haben die Länder unterschiedliche reale Zinsen (Realzins ist das Verhältnis von nominalem Zins zum Preisniveau). Länder mit niedrigen Preissteigerungen (Deutschland) haben folglich relativ hohe reale Zinsen; Länder (z.B. Griechenland, Spanien) mit hohen Preissteigerungen haben folglich relativ niedrige reale Zinsen. Daraus folgt: Länder mit niedrigen (Real-)Zinsen und steigenden Einkommen erhöhten ihre inländische Nachfrage und auch ihre Importe durch steigende Kreditaufnahme; Länder wie Deutschland mit hohen (Real-) Zinsen konnten bei stagnierender Binnennachfrage und Lohnstagnation ihre Exporte durch vermehrte ausländische Nachfrage erhöhen.

Die Finanzierung dieser hohen Kreditnachfrage war allerdings unproblematisch; sie bestand aus der Geld- und Kreditanlage aus Überschussländern wie Deutschland, die die Gewinne aus erfolgreichen Exporten somit rentabel anlegen konnten.

Folglich bildeten sich zwei Wachstumsstrategien für Länder heraus:

- 1) Eine kreditgetriebene Expansion des privaten und staatlichen Konsums (USA, UK und die GIPS-Länder (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien))
- 2) Eine exportgetriebene - auf Exportnachfrage ausgerichtete - Expansion (Deutschland, Japan und China).

Beide „Strategien“, sowohl das Phänomen der wachsenden Staatsverschuldung als auch der Zwang zur aggressiven Außenexpansion, sind Folgen neoliberaler Beschränkung der Binnennachfrage, da die kapitalistische Produktion für das einzelne Unternehmen Kostenentlastung durch Lohnsenkung und Rationalisierung anstrebt.

Kreditfinanzierte private und staatliche Nachfrage bedeutet private und staatliche Verschuldung; wenn dies auch zu Importüberschüssen (über die Exporte) führt, hat ein Land ein Handelsbilanzdefizit und ist „verschuldet“, also ein Schuldnerland. Auch wenn diese Handelsbilanzdefizite und staatliche sowie private Verschuldungen durch weiteren Zustrom ausländischer privater Kredite aus den Export- bzw. Überschussländern finanziert werden, können, entstehen mit der wachsenden internationalen „Verschuldung“ Risiken und Unsicherheiten hinsichtlich der Rückzahlungsfähigkeit. Diese über „billige“ Kredite ermöglichte Nachfrageexpansion der „Problemländer“ setzt also ausreichende Kreditwürdigkeit voraus. Wird diese angezweifelt, erhöhen die Kreditgeber schlicht die Zinsen, um mögliche Kreditausfälle damit zu kompensieren.

Nun kommt ein besonderes Konstruktionsmerkmal der Währungsunion zum Tragen: Während Länder wie die USA, Japan oder Großbritannien zur Finanzierung von Krediten nahezu unbegrenzt Staatsanleihen auflegen, die von ihren Notenbanken gekauft werden und im Gegenzug ihrem Staat und Banken das Geld zukommen lassen, ist diese Möglichkeit den Ländern der Währungsunion ausdrücklich verboten. Ihre Regierungen müssen sich ausnahmslos auf privaten Kapitalmärkten um Kredite bemühen. Folglich sind sie den Unwägbarkeiten (spekulative Einschätzung der Kreditrisiken, Bonitätsüberlegungen, Empfehlungen der Rating Agenturen) ausgesetzt. Als am 7. Mai 2010 eine Versicherung gegen Kreditausfälle Griechenlands – sogenannte „credit default swaps (cds)“ – bei 93.869 Euro für eine griechische Staatsanleihe von 1 Million lag, hat Griechenland das erste Rettungsprogramm von EU-Kommission, IWF und weitere bilaterale Kredite von Mitgliedsländern der EU beansprucht.

Alle „Hilfskredite“, auch durch den gegenwärtigen „Rettungsschirm“ des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), werden nur mit Auflagen vergeben. Diese enthalten letztlich eine neoliberale „Reformpolitik“ (Privatisierung, Lohnsenkung, Umverteilung zugunsten des Kapitals), weil angeblich nur mit dieser Entwicklungsvariante eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit – häufig ausschließlicher Inhalt von sogenannter „Reformpolitik“ – erreicht werden kann. Die sozialen Folgen dieser „Austeritätspolitik (Sparpolitik)“ sind beispielsweise in Griechenland: steigende Kindersterblichkeit, keine medizinische Versorgung für Arme und Alte und eine Jugendarbeitslosigkeit von 60%.

Der private Kapitalmarkt erkennt in der Realisierung der „Reformpolitik“ wieder eine erhöhte Kreditwürdigkeit der Problemländer. Er senkt seine hohen Zinsforderungen, da – über den ESM – viele kreditwürdige Länder im Zweifel haften, den Problemländern also „helfen“ werden.

4. Kritik der „traditionellen“ Krisenbewältigung

Trotz anhaltender Wirtschafts- und Finanzkrise wird die vorherrschende Rettungsstrategie nicht revidiert; im Gegenteil: Weiterhin wird in den besonders betroffenen südeuropäischen Krisenstaaten auf Privatisierung, Lohnsenkung und Sozialabbau gesetzt. Von der damit angestrebten „Kostenentlastung“ für die Unternehmen wird erwartet, dass die Investitionen angeht, die Wettbewerbsfähigkeit nach außen erhöht wird und der Staat durch Sozialabbau, Privatisierung und Ausgabenkürzungen seine Verschuldung abbauen kann. Diese neoliberale Strategie begünstigt aber einseitig die Kapitaleite und vernachlässigt die Notwendigkeit einer ausreichenden volkswirtschaftlichen Nachfrage. Die sogenannte Troika erzwingt den Staatsabbau in den GIPS-Staaten und setzt den Schuldenabbau in Westeuropa durch die Schuldenbremse bzw. den Fiskalpakt (der deutschen Schuldenbremse entspricht in der EU der sog. Fiskalpakt). In der Folge wird die Staatsnachfrage eingeschränkt und durch vielfältige Sparbeschlüsse die Massennachfrage ruiniert. Somit ist in absehbarer Zeit keine Krisenüberwindung zu erwarten.

Diese von der Troika aufgezwungene Politik hat keine demokratische Legitimation und verschärft die gesellschaftliche Spaltung. Der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) ist neben dem europäischen Fiskalpakt der zweite Teil des autoritären Finanzregimes. Seine Auflagen bei der Kreditvergabe beinhalten ebenfalls neoliberale Austeritätspolitik. In Privatisierung und „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ sehen wir keine Krisenlösung, wenn dies mit dem Ruin der Binnennachfrage erkaufte wird und die „Wettbewerbsfähigkeit“ nichts anderes ist als die Unterordnung der europäischen Gesellschaft unter die Exportbelange einzelner Großunternehmen. Die Strategie der „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“ als Krisenüberwindung ist zutiefst widersinnig, da sie nur funktionieren kann, wenn andere Länder sich entsprechend zu Schuldnerstaaten degradieren lassen. Gerade letzteres war der äußere Auslöser der Krise der sogenannten GIPS-Staaten.

Neben Stabilitäts- und Wachstumspakt (nochmals verschärft in 2011) und Fiskalpakt, ermöglicht auch das „*Europäische Semester*“ eine Überprüfung der nationalen Haushaltsentwürfe durch die EU-Kommission vor Beschluss der jeweiligen nationalen Parlamente. Dies verhindert sowohl expansive

Haushaltsentwicklungen als auch eine antizyklische Fiskalpolitik einzelner Nationalstaaten. Damit wird eine demokratisch legitimierte Haushaltspolitik auf nationaler Ebene ausgehebelt.

Ungelöst ist nach wie vor die Finanzierung der Nationalstaaten. Diese sind weiterhin ausschließlich auf den privaten Kapitalmarkt angewiesen und – im aktuellen Notfall – auf den sogenannten Rettungsschirm des ESM. Die gesamteuropäische Lösung durch Herausgabe gemeinschaftlich besicherter Eurobonds, die die Bonität hoch verschuldeter Länder deutlich verbessern und die Kreditkosten verringern würde, ist gegenwärtig nicht absehbar. Ebenso wenig ist die Abkoppelung der Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten, also die direkte Staatsfinanzierung über die EZB, geplant, wie es in den USA, Großbritannien und Japan mit Zugang zur Notenbank der Fall ist. Damit wird die gesamte Wirtschaftspolitik des Euroraumes den Verwertungsinteressen des internationalen Kapitalmarkts unterworfen.

Und wir kritisieren auch, dass die dieses Jahr beginnende „Bankenunion“ mit der Aufsicht der EZB über „systemrelevante Banken“ – sowie noch zu präzisierende Details von Abwicklungen einzelner Banken („Haftungskaskade“) – weder die grundsätzlich privatwirtschaftliche Ausrichtung des Geld- und Bankensystems antastet noch gesellschaftliche, demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten im Bankensektor vorsieht.

Die bisherigen „Lösungen“ bieten keine Perspektive; im Gegenteil: Wir erwarten mit Erschrecken eine ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung, die

- die Jugend- und Massenarbeitslosigkeit in vielen Ländern der Währungsunion stabilisiert,
- die Armut breiter Gesellschaftsschichten vergrößert,
- den Reichtum eines kleinen Teils der Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen (möglichst steuervermeidend) vermehrt,
- dem Kapitalismus im Finanz- und realen Gütersektor uneingeschränkt weiterhin jene Freiheiten belässt, die zur Krise geführt haben,
- weitere Krisen nicht verhindern kann und somit den Europäischen Gedanken von Wohlfahrt, Frieden und Solidarität konterkariert.

Dass viele sich von der konkreten Europäischen Union – oft in populistischer Manier – abwenden, mag unter diesen Umständen verständlich, aber nicht akzeptabel sein.

5. Erste Schritte einer Krisenüberwindung

Die Überwindung der gegenwärtigen Krise der Währungsunion wird Zeit beanspruchen, in der folgende Eckpunkte Voraussetzung sind für eine langfristig notwendige Überwindung dieses vorwiegend auf kapitalistischer Konkurrenz aufbauenden Marktsystems.

- 1) Um eine Integration gemeinschaftlicher Institutionen zu erreichen, wird eine Reduzierung nationalstaatlicher Funktionen der Parlamente bei gleichzeitiger erheblicher Aufwertung der Zuständigkeiten des Europäischen Parlamentes erforderlich sein. Dieses wird alle Rechte der Legislative (Ernennung und Kontrolle der Exekutive sowie Beherrschung des Gesetzgebungsverfahrens) und darüber hinaus das Recht erhalten, demokratisch nicht legitimierte Akteure abzuschaffen (z.B. die sog. Troika) und andere (wie z.B. die Europäische Zentralbank) zu ernennen, zu kontrollieren und verpflichtend in eine sozial-ökologische Wirtschaftspolitik einzubinden.
- 2) Parallel dazu muss die EU eine Union der Wirtschaftsdemokratie werden: Ausbau der Mitbestimmung auf allen Unternehmensebenen sowie verbindliche Einrichtung von Betriebsräten sind Mindeststandards der Unternehmens- und Betriebsverfassungen. Außerdem muss eine Einführung vereinheitlichter Sozialstandards („Gute Arbeit, guter Lohn“) und eine Abschaffung prekärer Beschäftigung sofort erfolgen. Neben der Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen wird das Verbot von Massenentlassungen eingerichtet. Die staatlichen Aufträge an Unternehmen werden an Beschäftigungsaufgaben und Einhaltung kultureller und sozialer Standards gebunden.
- 3) Die einheitliche Geldpolitik muss durch eine Harmonisierung der Finanz- und Steuerpolitik in allen Ländern ergänzt werden. Es sind sowohl eine Angleichung der Steuersätze statt Steuersenkungswettbewerb als auch ein Vorrang für eine expansive Finanzpolitik für einen sozio-ökologischen und beschäftigungssichernden Umbau der Europäischen Union mit Stärkung der Zukunftsausgaben anzustreben.
- 4) Dazu muss auch der EU-Gemeinschaftshaushalt, welcher ein gegenwärtiges Finanzvolumen von 1,25 % des BIP der EU umfasst, erheblich erhöht werden.
- 5) Der restriktive Fiskalpakt sowie die deutsche „Schuldenbremse“ werden durch eine das Wirtschaftswachstum stärkende Fiskalpolitik ersetzt, die die Erstellung staatlicher Infrastruktur und anderer öffentlichen Güter ausweitet und für ein einheitliches, gerechtes und

ergiebiges Steuersystem sorgt, welches nach dem Leistungsfähigkeitssystem hohe Einkommen, Vermögen und Gewinne bevorzugt zur Finanzierung heranzieht.

- 6) Da die privatwirtschaftlichen und ausschließlich gewinnorientierten Kapitale immer wieder Krisen, Verelendung und Massenarbeitslosigkeit schaffen, muss eine starke staatliche Verantwortung geschaffen werden. Für bestimmte Wirtschaftsbereiche von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung muss über Formen der Vergesellschaftung diskutiert werden. Dafür sind demokratisch eingerichtete Gremien zu schaffen.
- 7) Nur eine offensive Lohnpolitik kann anhaltend eine Stärkung der Arbeitseinkommen durchzusetzen. Schließlich hat die besondere Zurückhaltung der Lohneinkommen in Deutschland die internationalen Ungleichgewichte ausgelöst und zur gegenwärtigen Zerrüttung der Währungsunion beigetragen. Eine stabile und expansive Binnennachfrage wird die Alternative zur bloßen Außenwirtschaftsexpansion, die immer wieder ganze Volkswirtschaften ruiniert.
- 8) Statt der von der Troika verordneten neoliberalen Schrumpfungspolitik sind unverzüglich Programme zum wirtschaftsstrukturellen Auf- und Umbau von Krisenländern zu entwickeln. Wir verweisen auch auf Vorschläge des sog. „Marshallplan für Europa“ (DGB Bundesvorstand. Dezember 2012).
- 9) Die Kreditfinanzierung von Staaten soll auf zweifache Weise modernisiert werden, um sie aus den spekulativen Fängen des Finanzkapitals zu reißen: Erstens soll es wie in den USA, Japan und England auch in der EU bzw. Ländern der Währungsunion möglich sein, dass die Regierungen bzw. eine etwaige EU-Regierung sich über die EZB finanzieren können. Zum anderen soll die Kreditaufnahme durch die sogenannten Eurobonds vergemeinschaftet werden, dies sorgt anhaltend für eine Entlastung der kreditaufnehmenden Länder vor hohen Zinsen.

6. Voraussetzungen für ein demokratisch-sozialistisches Europa

Jede Politik, die wirksam werden will, ist zunächst systemimmanent, weil sie sich eine feste Basis im System suchen muss. Sie will gehört, verstanden und unterstützt werden. Aber in dem Maße, wie es gelingt, krisenfreie Reproduktionsprozesse denkbar werden zu lassen, gar herzustellen, tritt das Moment der Systemimmanenz immer mehr zurück zugunsten einer krisenfreien gesellschaftlichen Entwicklung. Die gesellschaftliche Stärke der fortschrittlichen Kräfte, aber auch ein energisches Auftreten von Gewerkschaften, linken Parteien, ja auch von Regierungen sind für ein Gelingen Voraussetzung. Soweit die Profitorientierung die Logik des Systems ausmacht, richten sich unsere fortschrittlichen Vorschläge in der Tat gegen Logik und Grundstrukturen des Systems. Dies wird bereits dann erreicht, wenn unsere Vorschläge all jene unterstützen, die sich einer „Verschlechterung der Verhältnisse“ widersetzen. Denn diese handeln bereits gegen die Logik des Kapitals, indem sie sich gegen die sog. Sachgesetzmäßigkeiten wehren.

Die sozialistische Europäische Idee verlangt eine umfassende Bildung und Qualifizierung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aller Kinder, Jugendlichen und Älteren. So wie der sozialistische Entwicklungsweg ökonomisch anspruchsvoll konstruiert werden muss, gilt es auch, entgegen der alten Logik des Kapitals eine politische und soziale Gegenposition als Logik der „Produzenten“ zu entwickeln, zu überzeugen und zu verteidigen.

Wir halten die Umsetzung der folgenden Punkte für grundlegend, um eine breite gesellschaftliche Diskussion über die zukünftige Ausrichtung einer demokratisch-sozialistischen Übergangsgesellschaft zu ermöglichen:

- 1) Auf politischer Ebene ist das Erkämpfen von verbindlichen Volksentscheiden und demokratischen Entscheidungsstrukturen zu allen gesellschaftlichen Fragen auf nationaler und europäischer Ebene notwendig. Darüber hinaus müssen alle europäischen Institutionen dem europäischen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig gemacht werden.
- 2) Die strikte Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs: Gewinne werden da besteuert, wo sie erzeugt werden. Kapital, das in Steueroasen transferiert und Vermögen, auf das keine Steuern gezahlt wurde, soll beschlagnahmt und einer gesellschaftlich sinnvollen Verwendung zugeführt werden.
- 3) Bei der Regulierung des Finanzmarkts sprechen wir uns für höhere Eigenkapitalquoten und die staatliche Genehmigung von Finanzdienst-

leistungen aus. Unregulierte Hedgefonds werden verboten. Mit diesen Instrumenten ließe sich ein Aufblähen des Umsatzes der Finanzwirtschaft auf ein vielfaches der Realwirtschaft wirksam unterbinden.

- 4) Die europäische Zentralbank wird unter politische Kontrolle gestellt, um eine allgemeine expansive Wirtschaftspolitik zu unterstützen und hohes Beschäftigungsniveau zu sichern.
- 5) In einem europaweit harmonisierten Steuersystem, soll die reale Steuerbelastung von großen Kapitalgesellschaften deutlich angehoben und im Gegenzug Kleinbetriebe entlastet werden. Kapitaleinkünfte werden deutlich höher besteuert als Arbeitseinkommen.
- 6) Wir fordern die Einführung einer Vermögenssteuer von 5 % und progressive Erbschaftssteuern für Vermögen ab einer Million Euro, um die ungleiche Vermögensverteilung und wachsende Vermögenskonzentration bei einem sehr kleinen Teil der Gesellschaft wirksam abzubauen.

Die Produktivitätsfortschritte müssen dazu dienen, die allgemeine Arbeitsbelastung zu reduzieren und nicht die kapitalistischen Profite zu vermehren. Wir streben vielfältige Eigentumsformen in der Produktion an, so dass genossenschaftliche, selbstverwaltete, staatliche und kommunale Betriebe zunehmend die privatkapitalistische Eigentumsform in der Produktionssphäre ergänzen und diese ersetzen werden. Wohnen, Ernährung, Gesundheitsversorgung, Altersversorgung, Bildung, Mobilität, Energieversorgung und Kommunikation müssen dem gesellschaftlichen Allgemeinwohl dienen. Diese Bereiche werden unter demokratische gesellschaftliche Kontrolle gestellt, müssen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien kostendeckend arbeiten, aber keinen kapitalistischen Profit erwirtschaften.

Landesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft, Haushalt und Finanzen

DIE LINKE.Hamburg
Wendenstr. 6
20097 Hamburg

Mitmachen?!

Die LAG Wirtschaft Finanzen Haushalt tagt jeden 2. und 4. Montag im Monat um 18.30 bis 21:00 Uhr im Parteibüro in der Wendenstraße 6.

Mehr von der LAG Wirtschaft, Haushalt und Finanzen?!

<http://die-linke-hamburg.de/partei/zusammenschluesse/ag-wirtschaft-haushalt-und-finanzen>

<http://facebook.com/LAG-Wirtschaft-Haushalt-Finanzen>

Veröffentlichungen

(Bezug über die Homepage oder unsere Redaktion: uwelammers.ul@gmail.com)

- T.i.n.a. 2.0: The witch is dead. Merkel lebt. Absoluter Mehrwert und autoritäre Herrschaft: Zur Entstehung eines reaktionären Akkumulationsmodells in der EU. Juni 2014.
- Standort-Politik –wieso, weshalb, warum? Juli 2013.
- Die Piraten-Partei. Bewegung, Hintergründe & Zusammenhänge. April 2012.
- Arbeit und Reichtum in Hamburg – Thesen zu einer politischen Strategie der Linken. März 2012.
- Beschäftigung statt Arbeitsmarktpolitik. Vorliegend als Kurzfassung und Langfassung. November 2011
- Eurokrise und Klassenkampf in der EU. Februar 2011
- Bankenkrise und Vermögenskonzentration. März 2009.
- Ein deutliches „JA“ zur Staatsverschuldung.
- Überlegungen zur Herangehensweise beim Finanzierungsinstrument „Haushaltsumschichtungen“. Januar 2010.
- Was Sie schon immer über den Hamburger Haushalt wissen wollten.
- Neoliberalismus. Permanente Krise mit System? Januar 2009.
- Die neoliberale Phase. Oktober 2008.
- Finanzkrise – wo Geld zu holen ist. November 2007.

LAG Wirtschaft, Haushalt und Finanzen

DIE LINKE.Hamburg
Wendenstr. 6
20097 Hamburg

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG